



## Frühjahrskonferenz

6. und 7. Juni 2018

# Beschluss

Baden-Württemberg  
Bayern  
Berlin  
Brandenburg  
Bremen  
Hamburg  
Hessen  
Mecklenburg-Vorpommern  
Niedersachsen  
Nordrhein-Westfalen  
Rheinland-Pfalz  
Saarland  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Schleswig-Holstein  
Thüringen

### **TOP II.14 Reform der Straftaten gegen ausländische Staaten (§§ 102 ff. StGB)**

Berichterstattung: Schleswig-Holstein, Hamburg

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben den Abschlussbericht der Länder-Arbeitsgruppe des Strafrechtsausschusses „Reform der Straftaten gegen ausländische Staaten (§§ 102 ff. StGB)“ erörtert.
2. Sie sehen in dem Bericht eine fundierte Diskussionsgrundlage für eine Überprüfung der einschlägigen Vorschriften. Sie bitten deshalb die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz um eine Überprüfung der Notwendigkeit der Fortdauer und ggf. Überarbeitung dieser Vorschriften unter Berücksichtigung der Befunde des Abschlussberichts der Länder-Arbeitsgruppe des Strafrechtsausschusses.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister verurteilen es auf das Schärfste, dass bei antiisraelischen Kundgebungen wie zum Beispiel im Dezember 2017 in Berlin israelische Flaggen



## 89. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister 2018 | Thüringen

und andere Symbole des Staates Israel sowie jüdische Symbole öffentlich verbrannt werden. Sie bitten deshalb die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, im Rahmen der erbetenen Überprüfung auch zu untersuchen, ob das geltende Recht eine ausreichende Handhabe bietet, um entschieden und wirksam gegen derartige Handlungen im Rahmen von öffentlichen Versammlungen und Aufzügen vorzugehen.

Baden-Württemberg  
Bayern  
Berlin  
Brandenburg  
Bremen  
Hamburg  
Hessen  
Mecklenburg-Vorpommern  
Niedersachsen  
Nordrhein-Westfalen  
Rheinland-Pfalz  
Saarland  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Schleswig-Holstein  
Thüringen